



# Eckwerte einer fortschrittlichen Regionalpolitik

Wir brauchen eine Weltpolitik, die allen Regionen und allen Bevölkerungsschichten dieser Erde Perspektiven auf ein würdiges Leben eröffnet. Wie aber geht das zusammen mit linker Politik in den reichen Ländern, mit Forderungen für mehr soziale Sicherheit, für Mindestlöhne, für eine aktive Industriepolitik? Wie kann die Linke vermeiden, in den Sog des Standortwettbewerbs zu geraten und Politik auf Kosten der Bevölkerung anderer Länder gutzuheissen? Im folgenden Text wird argumentiert, dass die Linke gerade für die reichen Länder dringend einen konzeptionellen Rahmen für eine fortschrittliche, nichtnationalistische Regionalpolitik benötigt. Nur so lässt sich auch eine fortschrittliche Migrationspolitik vom Nimbus eines romantischen Gutmenschentums befreien. Beides, Regionalpolitik und Migrationspolitik, sind zwei Seiten derselben Medaille<sup>1</sup>.

Im Herbst 2008 wurde die grösste Bank mit Sitz in der Schweiz, die UBS, mit einem staatlichen Rettungspaket im Umfang von 68 Milliarden Franken vor dem Niedergang gerettet. Im Winter 2008 zahlte die UBS ihren MitarbeiterInnen Boni in der Höhe von drei Milliarden Franken aus. Die Reaktionen in der medialen und politischen Öffentlichkeit fielen scharf aus und waren von Empörung und Unverständnis geprägt. Kurz darauf zogen die US-Behörden die UBS für Anstiftung und Beihilfe zur Steuerhinterziehung zur Verantwortung und drohten ihr mit juristischen Verfahren. Parallel begannen auch die EU und insbesondere Deutschland, den Druck auf den Finanzplatz Schweiz und auf das hiesige Bankgeheimnis zu erhöhen. Reflexartig wurde nun in der Schweizer Politik und in den Mainstream-Medien der nationale Schulterschluss zugunsten des hiesigen Finanzplatzes und der UBS zelebriert – zum Teil von denselben Personen, die eben noch ihrem Unmut über die UBS Ausdruck gegeben hatten. Die Verhöhnung der Schweizer Bevölkerung durch die UBS war über Nacht vergessen. Das Ganze nahm bizzare Formen an: Wer sich dem nationalistischen Halali nicht anschloss, wurde vom damaligen SVP-Präsident Toni Brunner öffentlich des Landesverrats beschimpft. Diese brachiale Wortwahl blieb von bürgerlicher Seite unwidersprochen.

---

**Beat Ringer**

ist geschäftsführender Sekretär des Denknetzes und war bis 2016 Zentralsekretär der Gewerkschaft VPOD.



Selbst SP-Präsident Christian Levrat fühlte sich bemüssigt, bei seinem SPD-Genossen und deutschen Finanzminister Peer Steinbrück in einem öffentlichen Brief eine sanftere Wortwahl gegenüber dem Finanzplatz Schweiz anzumahnen.

Diese Episode mutet aus heutiger Sicht befremdlich an. Es fällt schwer, das damalige Klima nachzuvollziehen, hat doch der Schweizer Mainstream mittlerweile akzeptiert, dass das Bankgeheimnis integral nicht mehr aufrechtzuerhalten ist. Gerade deshalb ist das Beispiel aber auch so illustrativ: Es macht deutlich, wie rasch nationalistische Identitäten abgerufen werden können, und wie hoch die latente Bereitschaft der nationalen ›Eliten‹ ist, auf nationalistische Stimmungsmache zu setzen.

Nationalstaaten und ihre Territorien sind offensichtlich nach wie vor ein essenzieller Bezugsraum der gesellschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen – trotz und gerade wegen des verschärften globalen Wirtschaftswettbewerbs. Darin liegt ein Paradoxon. Seit jeher drängt der Kapitalismus in Richtung einer globalen Integration der Ökonomien, strebt das Kapital danach, in möglichst allen Nationen möglichst viele gesellschaftliche Bereiche seinen Verwertungsinteressen unterzuordnen. Die neoliberale Politik hat die dafür bestehenden ›Hindernisse‹ weitgehend aus dem Weg geräumt. Entsprechend ist der Umfang des globalen Handels, ist das Ausmass an internationaler ökonomischer Arbeitsteilung, sind Zahl und Macht der transnationalen Konzerne gewachsen. Trotz aller neoliberal geprägter Globalisierung gehört die nationalegoistische Orientierung jedoch weiterhin zum Grundkanon bürgerlicher Politik. Staaten sind immer noch überwiegend nationale Gebilde, Nationen immer noch der zentrale Bezugsrahmen für reaktionäre Politikkonzepte, für Diskriminierungen, Ausgrenzungen, Sanktionen, Gewalt und Krieg. Nach wie vor verwenden Herrschende den Nationalismus als Hebel, um oppositionelle Kräfte zu diskreditieren und zu knebeln, und um den Unmut über die Folgen des rigiden Klassenkampfes von oben zu kanalisieren und abzuleiten.

Transnationale Projekte wie die Europäische Union haben weiterhin einen schweren Stand. Die Krise der Euro-Währung hätte sich vermeiden lassen, wenn die Euroländer bereit gewesen wären, gemeinsame Staatsanleihen (Eurobonds) aufzulegen und damit einen Teil der Staatspapiere von Griechenland, Portugal und Spanien zu refinanzieren. Der Preis dafür wäre gering gewesen: Im Vergleich zu den Staatsanleihen der exportstarken Länder hätten für Eurobonds leicht höhere Zinsen bezahlt werden müssen. Doch statt den Südländern den Rücken zu stärken, wurden Griechenland, Portugal und Spanien der Spekulation der Finanzmarktakteure überlassen, die die Zinsen der jeweils nationalen Staats-



anleihen in unbezahlbare Höhen trieben. Anschliessend wurde ihnen Austeritätsprogramme auferlegt, die vor allem im Fall Griechenlands zu erheblichen wirtschaftlichen und sozialen Einbrüchen führten. Natürlich gibt es für eine solche Politik auch sozialpolitische Gründe: Man wollte die Zeche für die Krise auf die Bevölkerungen abwälzen, man wollte Austeritätspolitik als grundsätzliche Marschrichtung durchsetzen. Dennoch ging es auch um nationalegoistische Motive (etwa wenn nord-europäische Konzerne sich Tafelsilber aus der griechischen Staatsmasse sichern; siehe attac Frankfurt und Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2016), und die nordeuropäischen Eliten haben leichtfertig zugelassen, dass nationalistische Politikmuster hochgekocht werden konnten (Stichwort ›faule Griechen‹). Ein solch stumpfer Nationalismus zeigt sich gegenwärtig auch in der europäischen Migrationspolitik. Die EU sieht sich ausserstande, auch nur ein Jota über die gemeinsamen Anstrengungen zur Abschreckung von Flüchtenden hinauszugehen und etwa einen minimalen Verteilschlüssel für Flüchtlinge aus den exponierten Südländern (Griechenland, Italien) zu etablieren. Dabei muss den Akteuren bewusst sein, dass sie damit auch das EU-Gesamtprojekt erschüttern. Schliesslich ist nun mit dem Entscheid der britischen Bevölkerung, die EU zu verlassen, ein Damm gebrochen, und niemand kann voraussagen, welche Dynamik durch den BREXIT noch entsteht.

Fazit: Der heute vorherrschende Mix von Globalisierung, verschärftem Standortwettbewerb, Wiederbelebung nationalistischer Politiken und verweigerter internationaler Kooperation schafft eine Gemengelage, die es unmöglich macht, die grössten Probleme (Kriege und Flucht der Zivilbevölkerung, Klimawandel, bedrohte Meere, wachsende Ungleichheiten) entschlossen anzugehen, ja nur schon in relevantem Mass zu entschärfen. Das Muster bleibt: Die Gewinne der globalen Arbeitsteilung bleiben privatisiert, die Probleme werden einer globalen Allgemeinheit überbürdet, die wenig strukturiert und kaum handlungsfähig ist. Der Problem- und Leidensdruck wird nationalistisch kanalisiert und abgeleitet. Diese Mixtur bestimmte schon die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts und schafft auch heute noch immer wieder von Neuem den Boden für radikalen Nationalismus, für Rassismus und Kulturalismus. Die unheimliche Glut wird wieder angefacht und erweist sich erneut als brandgefährlich.

## **Internationale Solidarität und die Universalität der Menschenrechte**

Die junge ArbeiterInnenbewegung des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts entwickelte angesichts des Imperialismus der herr-



schenden Klassen eine internationalistische Programmatik, die den nationalistischen Bann brechen und weltweit die soziale Frage ins Zentrum rücken sollte. Noch am internationalen Sozialistenkongress in Basel vom November 1912 verpflichteten sich die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien in klaren Worten, alles zu unternehmen, um den Ausbruch eines Krieges zu verhindern. Doch dann kam es im Sommer 1914 zum Schock: Die deutsche Sozialdemokratie hiess im Parlament die Kriegskredite gut, worauf ihr praktisch alle Linksparteien der kriegsführenden Länder folgten. Von diesem Ur-Verrat an transnationaler Solidarität und gemeinsamer Perspektive haben sich die internationale ArbeiterInnenbewegung und die Linke insgesamt bis heute nicht erholt. Die zweite Internationale hörte im August 1914 faktisch auf zu existieren. Fünf Jahre später spaltete sich die Linke in zwei Lager, ein sozialdemokratisches und ein kommunistisches. Die Spaltung war mit ein Grund für die fatale Lähmung der Linken im Kampf gegen den Faschismus und ebnete Hitlers Machtinauguration durch das deutsche Bürgertum 1933 und später dem Sieg Francos in Spanien den Weg. Die Welt stürzte innerhalb von wenigen Jahren in ihr zweites Kriegs-Inferno von Nationalismus, Imperialismus, Kolonialismus und Rassismus.

Am Ausgang dieses Infernos waren die Zerstörung und das Entsetzen so gross, dass es zu einigen wesentlichen Einhegungen des nationalistischen Furors kam. Ankerpunkt dieser Wende bildeten die Gründung der Vereinten Nationen und die Verabschiedung der Deklaration der Menschenrechte. Weltweit sollten alle Menschen denselben Anspruch auf ein lebenswertes Leben einfordern können. Seither sind die Menschenrechte und ihre Weiterentwicklung ein wichtiger Bezugspunkt der Politik. Die Menschenrechtserklärungen lassen zwar in gewissem Umfang widersprüchliche Interpretationen zu, und ihre Auslegung und Durchsetzung ist zweifellos ein Kampffeld. So werden sie etwa den armen Nationen von den kapitalistischen Kernländern in einer (post)kolonialen Überlegenheitspose aufgetischt. Seit dem Zusammenbruch des Ostblocks ist die Wertschätzung für die Menschenrechte im rechten politischen Spektrum nun allerdings markant gesunken. Umso deutlicher wird, dass die Menschenrechte »jenseits« der Tagespolitik eine fundamentale zivilisatorische Errungenschaft darstellen. Ein Rückfall hinter diese Errungenschaft würde wohl mit einer Phase globaler Barbarei zusammenfallen.

Die Linke muss dieses doppelte Erbe des 20. Jahrhunderts wieder aufnehmen. Der Internationalismus und die Unverbrüchlichkeit der Menschenrechte müssen einen unverzichtbaren Orientierungsrahmen gegen



ein erneutes Abrutschen in nationalistischen, kulturalistischen und rassistischen Furor bilden.

## Orientierungsrahmen Regionalität

Alleine mit der Bekräftigung dieses Orientierungsrahmens ist es allerdings nicht getan. Die Frage nach den regionalen Gegebenheiten der gesellschaftlichen Verhältnisse ist damit nicht vom Tisch. In den reichen, imperialen und ausbeutenden Ländern ist der Nationalismus zweifelsfrei reaktionär verortet. Die eingangs geschilderte Anekdote ist dafür eine harmlose Veranschaulichung. Der nationalistische Sog ist dabei nicht nur ideologischer Natur. Im Kielwasser der nationalegoistischen Politiken des jeweiligen Bürgertums lassen sich auch für breite Teile der Bevölkerung und der Lohnabhängigen echte und vermeintliche Privilegien ergattern, die umso attraktiver erscheinen, als sie vermeintlich ohne Anstrengung zu haben sind. Die Bürgerlichen spielen die entsprechenden Karten natürlich auch gekonnt aus, etwa dann, wenn sie der Bevölkerung eine aus internationaler Sicht parasitäre Steuerpolitik schmackhaft machen: Tiefe Steuern für Unternehmen und Superreiche sollen so viel Steuersubstrat ins Land locken, dass genügend Staatseinnahmen generiert werden können, um Steuerausfälle zu kompensieren. In kleinen, stabilen und wohlhabenden Standorten wie der Schweiz hat diese Politik bisher denn auch leidlich funktioniert – zumindest bislang. Diesem nationalegoistischen Sog kann man nur standhalten, wenn man sich an den regionalen Gegebenheiten und Erfordernissen mit einer internationalistischen Haltung abarbeitet. Um Politik machen zu können, reicht es ja nicht aus, den Nationalismus zu denunzieren.

Ich schlage den Begriff der Regionalität vor, um in diesem anspruchsvollen Spannungsfeld einen Orientierungsrahmen formulieren zu können. Regionalität meint: Menschen leben in konkreten territorialen Räumen. Klima und Topografie prägen die Landwirtschaft. Die Verkehrslage hat Einfluss auf Handel, Erreichbarkeit, Vernetzungen. Die Geschichte prägt die Regionen: Sprachen, Nationen, Staaten, Handelsrouten, internationale Arbeitsteilung – immer wieder ist das Territorium massgebender Bezugsrahmen. Wenn wir nun das globale Dorf nach den Gesichtspunkten der Gerechtigkeit, der Nachhaltigkeit und der universellen Menschenrechte einrichten wollen, so müssen wir es den Menschen in jeder Region ermöglichen, passende gesellschaftliche und ökonomische Verhältnisse einzurichten. Regionalität ist eine normative und eine imperative Kategorie. Konkret:

- Jede Region hat Anspruch auf ausreichende Ernährungsgrundlagen.



- In jeder Region haben die Menschen den Anspruch, mit ihrer Arbeit ihre materielle Existenz zu sichern.
- Jede Region hat Anspruch auf ein tragendes Geflecht aus ökonomischen, sozialen, bildungsmässigen und kulturellen Ressourcen, das vielfältige Lebensentwürfe ermöglicht.
- Jede Region hat Anspruch auf ein sinnvolles Mass an ökonomischer Autonomie. Die internationale Arbeitsteilung soll so ausgestaltet sein, dass möglichst wenig interregionale Machtgefälle und Abhängigkeiten entstehen
- Jede Region muss eine angemessene Rolle innerhalb der internationalen Arbeitsteilung finden können. Sie muss genügend Mittel erarbeiten können, um diejenigen Güter und Dienste zu importieren, die sinnvollerweise nicht in dieser Region produziert werden.

Das Konzept der Regionalität ist deutlich von der Nation zu unterscheiden. So gibt es offenkundige Gemeinsamkeiten in einer Region Alpen, die mit dem Grossraum Basel eigentlich wenig zu tun haben. Wir müssen meines Erachtens auch all die herrschaftsförmigen und potenziell mit Nationalismus beladenen Insignien des Nationalen abschütteln. Regionalität will demnach heissen: Regionen sind wichtig nicht wegen, sondern trotz der Nationen und des Nationalismus. Gleichwohl lässt sich auch Regionalität nicht trennen von der kolonialen und imperialen Geschichte und Gegenwart. Der Kapitalismus nötigt der Menschheit ungleiche und zerstörerische Formen globaler Verhältnisse auf. Viele Regionen werden immer wieder von Neuem in eine für sie unvorteilhafte Arbeitsteilung gezwungen, und es wird ihnen erschwert oder verunmöglicht, eine eigenständige ökonomische Substanz aufzubauen. Deshalb müssen die globalen Abhängigkeiten und Machtstrukturen, die den Renditeinteressen der transnationalen Konzerne und der Machtfülle der Eliten in den reichen Ländern dienen, zurückgebaut werden. Das ist auch der Kerngedanke dessen, was in anderen Zusammenhängen als Deglobalisierung bezeichnet wird (Nachtwey/Strotmann 2002).

Die Geschichte von Kolonialismus und Imperialismus lastet schwer auf den Bevölkerungen jener Länder, deren Bodenschätze und Arbeitskräfte von den kolonialen und imperialen Mächten ausgebeutet wurden (und werden) und deren eigene Entwicklung dabei gebrochen wurde. Reichtum und Macht sind auch heute noch extrem ungleich verteilt<sup>2</sup>. Deshalb erhalten auch nationalistische Bewegungen eine ganz andere Färbung je nach Land, in dem sie auftreten. Im einen Fall geht es darum, sich aus der imperialen Abhängigkeit zu lösen und sicherzustellen,



dass Spielräume für eigenständige Entwicklungen entstehen, im anderen Fall darum, sich in der Konkurrenz unter den imperialen Mächten möglichst viele Pfründe zu sichern. Eine emanzipatorische Standortpolitik ist darauf ausgerichtet, die Bevölkerung in den unterentwickelt gehaltenen Ländern zu befähigen, ihre materielle Situation nachhaltig zu verbessern. Die Gründe der globalen Ungleichheit und Ausbeutung müssen bekämpft, entsprechende Kräfteverhältnisse zugunsten der in Armut lebenden Bevölkerungen verbessert werden. Unter anderem gilt es auch, für international fortschrittliche Standards zu kämpfen in den Bereichen Demokratie, Arbeitsrechte und Decent Work, soziale Rechte, Überwindung von Diskriminierungen, Umweltschutz, optimale Kooperation und optimaler Nutzen aus Produktion, Forschung und Entwicklung.

### **Spielräume fortschrittlicher Politik in den reichen Ländern**

Die Richtschnur der Regionalität behält ihre Gültigkeit aber auch für die reichen Nationen. In diesen Nationen/Regionen geht es darum, Perspektiven zu entwickeln, die ein gutes Leben ermöglichen und gleichzeitig die ausbeuterische internationale Arbeitsteilung transzendieren. Die Linke in den reichen Ländern ist vor die Aufgabe gestellt, soziale und ökologische Ziele zu verfolgen, ohne dabei die Aufrechterhaltung oder gar Verstärkung der Ausbeutung der Bevölkerung in armen Ländern zu fördern. Dabei sind natürlich auch die reichen Länder in den – durch den Neoliberalismus entfesselten – Standortwettbewerb eingezwängt (Krätke 1990). Dieser Wettbewerb verengt die Spielräume für fortschrittliche nationale Politiken – wobei es zu unterscheiden gilt zwischen realen und nur behaupteten Verengungen. Würde zum Beispiel der Steuersenkungswettlauf so rabiāt ausgetragen, wie von bürgerlicher Seite oft suggeriert, dann hätten die Hochsteuerländer (z.B. in Skandinavien) schon längst eine Art gesellschaftlichen Konkurs anmelden müssen. Spielräume sind also vorhanden. Trotzdem: Der globale kapitalistische Wettbewerb legt eine Art Korridore maximaler Abweichungen fest, innerhalb derer die Regionen eigenständig handlungsfähig sind. Wobei solche Korridore kaum je eindeutig festzumachen sind – schon alleine deshalb nicht, weil Regionen, die auf »zu viel« Eigenständigkeit bestehen, von den transnationalen Konzernen und dem internationalen Bürgertum abgestraft werden, um ihren politischen Einfluss zurückzubinden (Stichwort Syriza im Sommer 2015).

Ich diskutiere die Frage einer nicht nationalistischen Regionalpolitik in den reichen Ländern anhand dreier konkreter Politikfelder: öffentli-



che Care-Dienste, Industriepolitik und Steuerpolitik. Die öffentlichen Infrastrukturen und Dienste sowie die Systeme der sozialen Sicherheit sind in den reichen Ländern in den Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg massiv ausgebaut worden. Neoliberale Kräfte behaupten seit 40 Jahren mit hoher Penetranz, solche öffentlichen Dienste seien für »die Wirtschaft« und für »den Standortwettbewerb« eine zunehmende Last. Doch dies lässt sich empirisch nicht belegen: Einige (skandinavische) Länder erreichen Staatsquoten von 60 Prozent und finden sich trotzdem (oder gerade deswegen) dauerhaft in den vordersten Regionen der internationalen Standort-Rankings<sup>3</sup>. Offenbar sind die Spielräume bezüglich des Ausbaus öffentlicher Dienste und sozialer Einrichtungen beträchtlich.

Als Beispiel sei die Pflege und Betreuung der Betagten herausgegriffen, ein Bereich mit grossen Wirkungen auf die Betroffenen und – wegen der demografischen Entwicklung – mit wachsender Bedeutung (Denknetz 2013, Heinze 2013). In Dänemark stellen die Kommunen sicher, dass die Betagten alle erforderlichen Dienste kostenlos oder zu sehr tiefen Tarifen beziehen können. Das Ziel ist, dass sie möglichst lange ein möglichst autonomes Leben führen können. Dabei wenden die nordischen Länder für die Betagtenpflege und -betreuung das Mehrfache an öffentlichen Mitteln auf (Steuern, obligatorische Versicherungen) als etwa die Schweiz oder Deutschland. Doch unter dem Strich sind die Belastungen für die Gesellschaft nicht höher, die Lebensqualität jedoch besser und gleichmässiger verfügbar. Zum Beispiel können dank guter Begleitung im Krankheitsfall und dank der präventiven Wirkung einer hoch entwickelten aufsuchenden Pflege die Kosten für »reparierende« Gesundheitsdienstleistungen (z.B. Spitaleinweisungen) tiefer gehalten werden. Die Angehörigen wiederum sind entlastet und können ihre Qualifikationen im Erwerbsleben besser zum Tragen bringen. Die skandinavischen Länder belegen solche Zusammenhänge. Deshalb sind gute öffentliche Care-Dienste und ein hohes Niveau an sozialer Sicherheit im kapitalistischen Wettbewerb kein Standortnachteil.

Das Gegenbeispiel sind die USA. Im Jahr 2011 gaben sie 17,7 Prozent des BIP für Gesundheitsleistungen aus. An zweiter Stelle befanden sich die Niederlande mit 11,9 Prozent (Schweiz: 11,0%; Quelle OECD<sup>4</sup>). Die Qualität des US-Gesundheitswesens ist allerdings im internationalen Vergleich nicht etwa besser, sondern unterdurchschnittlich. Die Mehrkosten resultieren nicht aus besseren Versorgungsleistungen, sondern wegen exorbitant hoher administrativer Kosten, hoher Profite der Gesundheitskonzerne und wegen der hohen Rate an Rechtshändeln, die von der Vertrags- und Gewerbefreiheit im US-Gesundheitswesen stark





begünstigt wird. Auf diese Weise entsteht eine gigantische Verschwendungsmaschine. Würden die USA einen gleich hohen BIP-Anteil für das Gesundheitswesen aufwenden wie die Niederlande, könnten sie jedes Jahr rund 1000 Milliarden Dollar einsparen. Das sind 1,3 Prozent des Welt-BIP.

Doch damit ist die Frage nicht beantwortet, ob gute öffentliche Dienste darauf basieren, dass sich reiche Länder einen grösseren Teil des globalen Kuchens abschneiden und nur deshalb in der Lage sind, solch gute Dienste zu finanzieren. Zumindest für die öffentlichen Care-Dienste und das Bildungswesen stimmt diese Vermutung nicht. Solche Dienste werden lokal erbracht, sie sind personalintensiv, die Löhne sind an die jeweiligen Arbeitsmärkte gebunden. Entsprechend sind auch weitaus ärmere Länder wie zum Beispiel Kuba in der Lage, hochstehende Gesundheits- und Bildungssysteme aufzubauen<sup>5</sup>. Gerade in diesen Care-Diensten aber bestehen in den reichen Ländern zum Teil erhebliche Defizite, und das hängt mit der Lokalität und der Personalintensität zusammen.

### Fortschrittliche Industriepolitik

Im Manifest für eine industrielle Schweiz (Unia 2016) erklären die Teilnehmenden einer Unia-Konferenz vom 17. Juni 16: »Die 4. industrielle Revolution wird unsere Arbeits- und Lebensformen tiefgreifend verändern. Um das mitzugestalten, müssen wir den Bundesrat und das Parlament zu einer starken Industriepolitik zwingen.« In den nächsten Jahren entscheide sich, ob »die Schweiz eine reiche, produzierende Volkswirtschaft bleibt oder zur Dienstleistungswüste um einen Casino-Bankenplatz verkommt«. Das Manifest kritisiert die Eckwerte der aktuellen bürgerlichen Standortpolitik: die Priorisierung des Finanzplatzes, unter anderem in Form der Aufhebung der Franken-Untergrenze durch die Nationalbank, der Verzicht auf aktive Massnahmen zugunsten des Werkplatzes (»keine Industriepolitik«) und die Geringschätzung der Arbeit im Vergleich zum Kapital. Die Unia-Leute kennen die Gefahr des Nationalismus und benennen sie auch: »Wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wollen keine nationalistische Schutz-Politik.« Deshalb könne es nicht um Subventionen, Steuererleichterungen oder Zollhürden gehen. Hingegen brauche es eine öffentliche Debatte darüber, was und wo investiert wird. Die Unia schlägt einen Produktionsfonds (Fonds für eine produktive Schweiz) vor. Mit Hilfe dieses Fonds gelte es, die Chancen eines ökologischen Umbaus ebenso zu nutzen wie die Chancen der laufenden digitalen Revolution. Im Weiteren schlägt die Unia vor, den Finanzplatz zu »zähmen«, und schliesslich solle der Arbeit durch ein ver-



fassungsmässiges Arbeitsstatut Vorrang gegenüber dem Kapital eingeräumt werden – als Basis für einen verbesserten und zeitgemässen Schutz der Arbeitenden. Das Unia-Papier hebt sich vorteilhaft ab von vielen vergleichbaren linken und gewerkschaftlichen Erklärungen, in denen nationale Pakte gefordert werden, die sich implizit, meist aber auch explizit in den Standortwettbewerb einreihen und meist auch Forderungen unterstützen, um den ›eigenen‹ Betrieben im Kampf gegen die Konkurrenz Vorteile zu verschaffen.

Die Argumentationslinie der Unia müsste noch um die Dimension der globalen Belange erweitert werden. Dies sei an einem Beispiel auf der Ebene des ›Stofflichen‹ (was wird produziert) erläutert, das in der Schweiz eine Schlüsselrolle spielt: die Pharmaindustrie. Sie ist in der Schweiz die führende Industrie und dominiert den Export mit einem Anteil von über einem Drittel<sup>6</sup>. Ihre Produkte sind heute überwiegend auf die kaufkräftigen Schichten des Nordens und auf Blockbuster ausgerichtet (Medikamente, die Milliarden Gewinne eintragen). Gleichzeitig ist diese Ausrichtung auch sehr verletzlich, weil sie auf rechtlichen Patentkonstrukten und auf der Akzeptanz von Monopolpreisen durch die öffentlichen Gesundheitssysteme beruht. Ganz anders könnte ein öffentlicher Pharma-Cluster funktionieren, dessen Steuerung demokratisch legitimiert ist, der über einen Finanzierungsfond verfügt (analog zum Unia-Produktionsfond) und dem Unternehmen angegliedert sind, die sich sozialen und nachhaltigen Zielen verpflichten. Solche Unternehmen würden im Weiteren eine Politik der offenen Patente verfolgen und globale Kooperationen anstreben<sup>7</sup>.

Mit einer solchen Ausrichtung könnte die globale Ungleichheit konkret angegangen werden: Medikamente würden von Beginn weg in einer Art entwickelt, die die Bedürfnisse der Bevölkerung ärmerer Länder einbezieht. Und die Preise würden sich an den Produktionskosten orientieren, nicht an maximalen Monopolprofiten. Falls erforderlich, müssten Preise auch durch Subventionen weiter gesenkt werden. Ähnliche Modelle lassen sich auch für andere Bereiche skizzieren (z.B. Informatik, Medizinaltechnologie usw).

Weiter: Die Schweiz könnte Projekte fördern, mit denen in armen Ländern erforscht wird, welche Produkte vorrangig benötigt werden und wie eine Produktion vor Ort zu fördern wäre. Damit könnten auch die anrollenden Umwälzungen (digitale Revolution, Industrie 4.0) in eine neue Richtung gelenkt werden. Wie lassen sich diese Entwicklungen nutzen, um die enormen globalen Entwicklungsunterschiede auszugleichen? Eine solche fortschrittliche Industriepolitik kann gleichermassen auf die Bedürfnisse der Bevölkerungen in reichen Ländern abzielen,



zum Beispiel auf das Bedürfnis nach einer vielfältigen und entwicklungsfähigen industriellen Produktionsbasis, wie auch auf diejenigen in armen Ländern. Hier liegt ein wichtiger Hebel für eine andere »Weltpolitik«.

### Reichtumsverteilung durch Steuerpolitik

Das häufig anzutreffende Argument, es seien die KonsumentInnen der reichen Länder, die von der Ausbeutung der Menschen der Südländer profitierten und für ausbeuterischen Verhältnisse verantwortlich seien, lenkt davon ab, dass die Hauptverantwortung bei der Politik, bei den Eignern der Produktionsmittel und bei den Finanzierern liegt, nicht bei den KonsumentInnen. Die pauschale Inanspruchnahme der KonsumentInnen als VerantwortungsträgerInnen spiegelt oftmals ein neoliberales, marktradikales Denken und verschiebt die Debatte auf eine Ebene, auf der es nie zu ernsthaften Veränderungen kommen wird. Nur in Ausnahmefällen lassen sich Millionen von individuellen Kaufentscheidungen politisch so beeinflussen, dass eine ernsthafte Gesamtwirkung entsteht.

Hauptakteure im Standortwettbewerb sind transnationale Konzerne und die Elite des bekannten einen Prozents der Bevölkerung, das einen enormen Anteil des gesamten Reichtums besitzt. Dieses Grossbürgertum hat mittlerweile eine global tätige Beraterindustrie zur Verfügung, mit deren Hilfe es seine Einkommen, Gewinne und Steuern permanent »optimieren« kann. In der Folge ist die Reichtumsverteilung nicht nur ungerechter geworden, sie wird auch immer disfunktionaler: Viele Konzerne sind massiv überkapitalisiert, und die enormen Reichtümer fliesen nur noch zu einem schwindenden Teil in produktive Investitionen. Stattdessen fließen sie in die spekulative Finanzsphäre. Es wäre deshalb in jeder Hinsicht wichtig, den gesellschaftlichen Reichtum rückzuverteilen und damit wieder in die Zonen gesellschaftlicher Nützlichkeit zu lenken. Deshalb sind die internationalen Bemühungen zur Bekämpfung von Steuervermeidungspraktiken von grosser Bedeutung. Sie müssen aber dringend um international verbindliche Mindeststeuersätze für Gewinne, hohe Einkommen und Vermögen ergänzt werden. In denjenigen Ländern, die – wie die Schweiz – den Steuersenkungswetlauf anheizen, ist es mehrfach wichtig, eine Wende zu erkämpfen (Baumann/Ringger 2011, 2012). Die dämpfende Wirkung auf den Steuersenkungswetlauf ist am höchsten, wenn die Korrektur in den Steerdumping-Ländern erfolgt, wo der Spielraum für Korrekturen logischerweise auch am höchsten ist. Mehr Steuereinnahmen verbessern die Lage der breiten Bevölkerungsteile (und oft besonders der ärmsten Schichten) auch in diesen



Ländern selbst – was zum Beispiel im Fall von Deutschland ein dringendes Gebot ist.

Leider lassen sich ein Teil der Sozialdemokratie (v.a. Mitglieder kantonaler Regierungen) und der Gewerkschaften gerade in Fragen der Steuerpolitik in die nationalegoistischen Koalitionen einbinden. Die anstehende Unternehmenssteuerreform III ist dafür ein Beispiel: Der Waadtländer Regierungsrat Pierre-Yves Maillard war bereit, als Speerspitze für die Reform und für die Senkung der kantonalen Gewinnsteuern zu fungieren. Eine solche Politik widerspricht nicht nur dem grundlegenden Anspruch der Linken, sich am Grundsatz der Solidarität zu orientieren. Sie macht die Schweiz überdies zunehmend zu einem Land, das von den »gierigsten« Fraktionen des Kapitals dominiert wird: von Banken, Hedgefonds, Rohstoffhändlern und ihren Helfern, den Vermögensverwaltern und Steuerhinterziehungsberatern.

## Diskurse

In all diesen Auseinandersetzungen spielen auch die verwendeten Begriffe und die damit verbundenen Bilder und Denkmuster eine wichtige Rolle. Ein Beispiel dafür bietet der ehemalige Präsident der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe SKOS, der in einem Interview das »gut ausgebaute« Sozialsystem mit dem Argument verteidigte, »dass ein gutes Sozialwesen ein grosser Standortvorteil der Schweiz ist. Es erleichtert Strukturanpassungen der Wirtschaft, sichert den sozialen Zusammenhalt und den sozialen Frieden. Deshalb ist gerade die Wirtschaft an einer tragfähigen Sozialhilfe interessiert.«<sup>8</sup> Diese Argumentation mag vielen als besonders raffiniert erscheinen, wird doch so versucht, ein Sozialwerk mit einem bürgerlichen Topos vor Angriffen zu bewahren. Doch solche Argumente entpuppen sich rasch als trojanische Pferde. Das Schlimmste daran ist, dass der Diskurs des Standortwettbewerbs damit verallgemeinert und legitimiert wird. Und das fällt sehr rasch wieder auf soziale Anliegen zurück: Was, wenn die Sozialhilfe nun nicht als Standortvorteil verstanden wird? Was, wenn rechtsbürgerliche Argumente, wonach eine hohe Sozialquote dem Wirtschaftsstandort schade, glaubwürdiger wirken? Und: Wären soziale Sicherungssysteme preiszugeben, wenn sie »der Wirtschaft« nicht nützen würden?

Sobald der nationalegoistische Sog spürbar wird, sollte unsere Wortwahl besonders sorgfältig ausfallen. Ich schlage deshalb vor, von fortschrittlicher Regionalpolitik zu sprechen und vom Einsatz für eine fortschrittliche Schweiz – keinesfalls aber von Standortvorteilen. Wir zielen auf Solidarität ohne Ausschlüsse, auf Gerechtigkeit, Regionalität und Kooperation. Die reichen Länder können zu fortschrittlichen Regionen



werden, wenn sie das Wohl der eigenen Bevölkerung, die Lösung der drängenden globalen Probleme und das Wohl der Menschen in anderen Ländern gleichermaßen im Auge haben.

### **Protektionismus: Von Fall zu Fall beurteilen**

Die globale Gemengelage von Arbeitsteilung, Ausbeutung, Kooperation und Konkurrenz zwischen den Standorten muss im Courrant normal soweit stabilisiert werden, dass die Konflikte unter Kontrolle bleiben und die Unternehmen ihren Geschäften ›in Ruhe‹ nachgehen können. Dazu dienen unter anderem Wirtschaftsabkommen, politische Bündnisse und globale Organisationen wie die UNO und ihre Unterorganisationen. Diese stabilisierenden Strukturen werden allerdings gerade von jenen Kräften dominiert, die über die grösste wirtschaftliche, militärische und politische Macht verfügen und wiederum ihre partikularen Interessen favorisieren. Die kompetitiven Kräfte sind periodisch so stark, dass sie die Stabilität der internationalen Verhältnisse immer wieder von Neuem bedrohen. Protektionismus und Freihandel sind dabei zwei zentrale Pole.

In der Zeit der grossen Krise der 1930er Jahre kam es zwischen den führenden Industrienationen zu einer fatalen Spirale des Protektionismus, die die damalige Weltwirtschaftskrise erheblich verschärfte. Protektionismus im Interesse der nationalen Unternehmen ist auch heute keine sinnvolle Perspektive. Wenn jedoch die Mainstream-Ökonomie behauptet, der weltweite multilaterale Freihandel sei der einzig mögliche Weg, um der ganzen Welt Wohlstand zu sichern, dann steht das Interesse der transnationalen Konzerne im Vordergrund, nicht die Sorge vor einer neuen Spirale des Protektionismus. In der Geschichte hat sich immer wieder erwiesen, dass jeweils gerade diejenigen Kräfte für Freihandel eingetreten sind, die sich in einer Position der ökonomischen Stärke befunden haben, vom Freihandel also profitieren konnten (Chang 2002, Scherrer 1999). Die meisten Nationen scheuen sich im Übrigen auch heute nicht, partiellen Protektionismus zu betreiben, wenn es ihnen nützt. Aus fortschrittlicher Sicht ist es hingegen – in erster Linie seitens der armen Länder – legitim, Schutzbestimmungen einzurichten, um die Entwicklung einer regionalen Wirtschaft zu ermöglichen (die notgedrungen auf tieferem Produktivitätsniveau ansetzen muss, als es die mächtigsten Multis erzielen können, und deshalb vor Konkurrenz geschützt werden muss). Ebenso sind Schutzbestimmungen legitim, wenn es um die elementare Versorgung mit Lebensmitteln geht (Ernährungssouveränität) oder etwa um den Schutz der Umwelt. Für eine fortschrittliche Politik gibt es keine prinzipielle Aussage zur Frage des



Protektionismus und des Freihandels. Die Situation muss von Fall zu Fall beurteilt werden. In den reichen Ländern wiederum dürfen jedoch auf keinen Fall nationalegoistische Motive ausschlaggebend sein, dürfen die legitimen Interessen der Bevölkerung anderer Länder nicht verletzt werden.

### Internationale Bündnisse

Der Nationalismus wird erst dauerhaft überwunden, wenn internationalistische, an den Menschenrechten orientierte globale Bündnisse zur dominanten Kraft der Weltgestaltung geworden sind. Solche Kooperationen gilt es im Auge zu behalten, selbst wenn sie heute erst rudimentär vorhanden sind und es etwas Fantasie braucht, sich ihre potenzielle Wirksamkeit vorzustellen. Der Aufbau von transnationalen Bewegungen und Bündnissen muss deshalb ein wichtiger Bezugspunkt emanzipatorischer Politik sein – auch wenn die globalisierungskritische Bewegung zurzeit wenig Wirkkraft entwickelt.

Bis ins Jahr 1991 existierte ein zeitweise bedeutendes nicht-kapitalistisches Staatenbündnis, der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW, englisch Comecon). Bemerkenswerterweise ist dieses Staatenbündnis vollständig aus dem Bewusstsein der Weltöffentlichkeit verschwunden, und es hat als Referenz in den neueren globalisierungskritischen Bewegungen und Diskursen nie auch nur die geringste Rolle gespielt. Der Grund liegt darin, dass seine Politik den Machtinteressen der sowjetischen Staats- und Parteibürokratie untergeordnet blieb. Der RGW ist jedoch erinnerungswürdig, weil er markiert, dass es globale Alternativen zum globalen Kapitalismus geben kann. Ein neueres Bündnis, die Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América ALBA, eine Kooperationsplattform von Venezuela, Bolivien, Kuba, Ecuador, Nicaragua und vier weiteren kleinen Karibikstaaten, hat leider nie überregionale Bedeutung erlangt. Einzelne Aktivitäten von ALBA haben für die beteiligten Länder grosse Bedeutung, insbesondere die Lieferung von venezolanischem Erdöl zu Vorzugsbedingungen und der Bau von Raffinerien in den Empfängerländern. Das Bündnis hat bislang vor allem in Zentral- und Südamerika Wirkung erlangt; der Einbezug von NGO ist zumindest konzeptionell mitgedacht, aber noch nicht umgesetzt worden. Der Sinkflug des Erdölpreises und die gegenwärtige Krise der linken Regierungen haben der Anziehungskraft von ALBA zudem erheblichen Abbruch getan.

Mit Sicherheit keine Perspektiven bietet hingegen der Rückzug auf den nationalen Rahmen, auch wenn er ökologisch oder sozial begründet wird. Auch »gut gemeinte« nationalpolitische Ansätze mutieren zu



reaktionären Projekten, wenn sie versuchen, Probleme durch Abschottung zu lösen. Die Ecopop-Initiative ist dafür ein beredtes Beispiel. Die globale ökonomische Arbeitsteilung hat längst ein Mass erreicht, das nicht rückgängig gemacht werden kann, was im übrigen auch nicht erstrebenswert ist. In vielen Bereichen können dauerhafte Fortschritte und Lösungen nur im globalen Kontext errungen werden, so zum Beispiel im Kampf gegen die Klimaerwärmung (Hänggi 2008), beim Erhalt der Flora und Fauna in den Weltmeeren oder bei der Durchsetzung globaler sozialer Standards.

Manchen scheint die Herrschaft des globalisierten Kapitals beinahe unangreifbar zu sein (Serfati 2012). Doch spätestens die Finanzmarktkrise von 2007/2008 hat deutlich gemacht, wie dünn das ökonomische, gesellschaftliche und politische Eis geworden ist, auf dem das aktuelle Wirtschaftsgefüge steht. In einer solch instabilen Welt kann eine auf internationale Kooperation und Solidarität ausgerichtete, bewegte Linke unvermittelt erheblichen Einfluss gewinnen. Im Fall von Griechenland und der Syriza-Regierung ist das leider nicht gelungen. Das Pendel scheint jetzt nach rechts auszuschlagen, in Europa, in Lateinamerika, im Nahen Osten. Doch niemand weiss, was in drei, vier Jahren sein wird. Was zunächst eher als ein Aufflackern wirkt – etwa die Wahl von Jeremy Corbyn zum Präsidenten der britischen Labour-Party oder der erstaunliche Erfolg des Sozialisten Bernie Sanders im Nominierungsverfahren für die US-PräsidentInnenschaft im Sommer 16 – könnte auch mal zu einem ernsthaften Kräftenessen und einem neuen linken Aufbruch führen. Immer wieder von Neuem wird es dann bedeutend, ja vielleicht entscheidend, dass an möglichst vielen Orten linke Kräfte auf internationalistische Positionen und Praktiken eingespurt sind.



## Anmerkungen

- 1 Die Migrationspolitik als solche ist nicht Gegenstand dieses Textes. Sie wird in diesem Jahrbuch ausführlich diskutiert. Auch Fragen der Entwicklungshilfe werden nicht erörtert.
- 2 Ein aktuelles Beispiel mag dies verdeutlichen: Die Steuerersparnisse von Glencore-Chef Glasensberg, die er aufgrund der Unternehmenssteuerreform III einbehalten konnte, übertreffen die Jahresausgaben, die eine existenzsichernde Altersrente für die ganze betagte Bevölkerung Sambias kosten würde – ein Land, in dem Glencore seit Jahren Minen ausbeutet und in dem eine solche Altersrente fehlt.
- 3 Im IMD-World-Competitiveness-Ranking 2016 etwa figurieren Schweden, Dänemark und Norwegen in den Top-10-Ländern, wie schon 2015 und 2014.
- 4 [www.oecd.org/els/health-systems/TotalHealthExpenditureGDP2009-11.xlsx](http://www.oecd.org/els/health-systems/TotalHealthExpenditureGDP2009-11.xlsx)
- 5 Problematisch ist allerdings, dass viele reiche Länder Gesundheits- und anderes Fachpersonal in ärmeren Ländern rekrutieren. Dieser »Brain-Drain« erlaubt in den reichen Ländern, die Löhne zu drücken und Ausbildungskosten zu sparen, und er schadet den ärmeren Ländern, denen Personal fehlt.
- 6 [www.interpharma.ch/fakten-statistiken/1900-pharma-als-motor-der-exportwirtschaft](http://www.interpharma.ch/fakten-statistiken/1900-pharma-als-motor-der-exportwirtschaft)
- 7 In diese Richtungen gegen die Überlegungen der Denknetz-Arbeitsgruppe Big Pharma, die demnächst publiziert werden sollen.
- 8 <http://bazonline.ch/schweiz/standard/Fuer-mich-war-es-zeitweise-gar-nicht-lustig/s-tory/20181263>, gelesen am 10.7.16.

## Literatur

- attac Frankfurt und Rosa-Luxemburg-Stiftung (2016): Zwangsprivatisierungen in Griechenland. <https://griechenlandsoli.files.wordpress.com/2016/07/zwangsprivatisierungen-in-griechenland-e28093c2a0hintergrundmaterial.pdf>.
- Baumann, Hans; Ringger, Beat (2011): Richtig Steuern. Zürich.
- Baumann, Hans; Ringger, Beat (2012): Unternehmenssteuern: Schweiz raubt andern Ländern jährlich 29.2 bis 36.5 Milliarden CHF an Steuereinnahmen. [www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Working\\_Paper\\_Unternehmenssteuern\\_Sept\\_12.pdf](http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Working_Paper_Unternehmenssteuern_Sept_12.pdf).
- Baumann, Hans; Ringger, Beat (2011/2): Frankenkurs: Rasch abwerten, Spekulation stoppen, Reichtum umverteilen. Denknetz-Diskussionspapier, August 2011. [www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Denknetz-Diskussionspapier\\_Frankenkurs\\_23.8.11-2.pdf](http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Denknetz-Diskussionspapier_Frankenkurs_23.8.11-2.pdf).
- Bello, Walden (2005): De-Globalisierung. In: Nachtwey, Oliver; Strotmann, Peter (Hg): Widerstand gegen die neue Weltordnung. Hamburg.
- Chang, Ha-Joon (2002): Kicking the ladder away. Development strategy in a historical perspective. London.
- Denknetz-Jahrbuch (2013): Care statt Crash. Zürich 2013.
- Hänggi, Marcel (2008): Wir Schwätzer im Treibhaus. Warum die Klimapolitik versagt. Zürich.
- Heintze, Cornelia (2013): Die Strasse des Erfolgs. Rahmenbedingungen, Umfang und Finanzierung kommunaler Dienste im deutsch-skandinavischen Vergleich. Marburg.
- Krätke, Michael (1990): Globalisierung und die Ohnmacht der Nationen. Eine Herausforderung an die Linke. In: Widerspruch Nr. 38, Zürich.
- Scherrer, Christoph (1999): Freihandel als hegemoniales Projekt. Zur Geschichte der Außenwirtschaftspolitik in den USA. In: Widerspruch Nr. 38, Zürich.
- Serfati, Claude (2012): Die finanz- und rentengetriebene Logik der multinationalen Unternehmen. In: PROKLA 169, Münster.
- Unia (2016): Manifest für eine industrielle Schweiz. [www.unia.ch/uploads/tx\\_news/2016-06-17-Manifest-industrielle-Schweiz\\_01.pdf](http://www.unia.ch/uploads/tx_news/2016-06-17-Manifest-industrielle-Schweiz_01.pdf).